

Die Geschäftsordnungsreform im Herrenhause.

In der Kommission unverändert angenommen.

Gestern trat das Herrenhaus zusammen und hat, wie erwartet wurde, das reformierte Gesetz über die Geschäftsordnung des Reichsrates nicht sofort in dringlichem Wege in Verhandlung gezogen, sondern einer Spezialkommission zur Vorberatung zugewiesen, deren Einsetzung gleich zu Sitzungsbeginn von Dr. v. Grabmayer beantragt und die vom Haus beauftragt wurde, hierüber in der nächsten, für Montag 3 Uhr nachmittags einberufenen Herrenhaus-Sitzung mündlich Bericht zu erstatten. Nach Erledigung der Tagesordnung, auf der nur Terno-vorschläge für drei Mitglieder des Reichsgerichtes sowie die Wahl von zwei Mitgliedern des Staatsgerichtshofes stand, wurde der Geschäftsordnungsausschuss gewählt, in dem entsendet wurden: Doktor Goll, Graf Soluchowski, Fürst Friedrich Lobkowitz und Graf Alfons Mensdorff-Pouilly von der Rechten, Dr. v. Grabmayer, Freiherr v. Schey und Dr. Sieghart von der Verfassungspartei und Dr. Klein und Dr. Weisfirkner von der Mittelpartei. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Anschließend versammelte sich der Geschäftsausschuss, bestellte den Grafen Soluchowski zum Obmann und Dr. v. Grabmayer zu dessen Stellvertreter und trat sodann in die Beratung der Vorlage ein.

Die Verhandlungen währten drei Stunden. Dr. v. Grabmayer stellte den Antrag, die deutsche Sprache als Parlamentssprache zu erklären. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dafür stimmten nur die drei von der Verfassungspartei entsendeten Mitglieder, hingegen wurde mit fünf gegen drei Stimmen der Vertreter der Rechten eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß das Abgeordnetenhaus seine Geschäftsordnung wohl autonom beschließen könne, daß das Herrenhaus sich aber trotzdem nicht der Besorgnis verschließen, daß infolge der Annahme des Antrages Franta betreffend die Protokollierung nicht-deutscher Reden, die sprachliche Verwirrung bei der Führung der Parlamentsgeschäfte auch auf die parlamentarischen Verhältnisse und das gesamte öffentliche Leben nachträglich zurückwirken müsse. Die Regierung wird daher aufgefordert, die Regelung des sprachlichen Verhältnisses im Sinne der Einführung einer einheitlichen Verhandlungssprache im gesetzlichen Wege einzuleiten. Das Gesetz über die Abänderung der Geschäftsordnung des Reichsrates wurde unverändert in der Fassung des Abgeordnetenhauses zum Beschluß erhoben und Fürst Lobkowitz zum Berichterstatter bestellt.

Mit der aufrechten Erledigung des Gesetzesentwurfes in der Kommission ist die Durch-

führungsreform herbeigerufenen Parlamentskrise nunmehr als vorläufig beendet zu erachten. Die Vorlage gelangt in der Vollziehung des Herrenhauses am Montag auf dringlichem Wege zur Annahme, worauf die Sanktionierung alsbald erfolgt, so daß schon am nächsten Tag die Verlautbarung im Amtsblatt erfolgen kann. Das Abgeordnetenhaus wird also Dienstag die Debatte über das Budgetprovisorium bereits unter der neuen Geschäftsordnung beginnen.

* * *

Aus deutschen Herrenhauskreisen wird uns noch mitgeteilt: Innerhalb der Verfassungs- und Mittelpartei wurde ursprünglich die Anregung gegeben, durch die Annahme von Änderungen die Rückverweisung der Geschäftsordnung vom Herrenhause an das Abgeordnetenhaus herbeizuführen. Wenn hierin eine Änderung eingetreten ist und alle Gruppen vorzugsweise die Geschäftsordnung in unveränderter Form annehmen werden, so ist dies vor allem auf folgende Erwägungen zurückzuführen: Für die dritte Lesung der Geschäftsordnung haben im Abgeordnetenhaus auch die Christlich-sozialen gestimmt, und zwar auf Grund eines mit dem Deutschen Nationalverband festgestellten Einverständnisses. Es kann also nicht von einer Vergewaltigung der Deutschen Parteien gesprochen werden, da ja ein Großteil der deutschen Abgeordneten für die Annahme eintrat. Wäre dem nicht so gewesen und wäre die Abstimmung eine Kampfabstimmung gegen den deutschen Block geworden, dann wäre es Sache der deutschen Herrenhausmitglieder gewesen, den deutschen Parteien im Abgeordnetenhaus helfend beizuspringen. Endlich mußte von den deutschen Herrenhausmitgliedern erwogen werden, daß durch die Herbeiführung einer Änderung der Geschäftsordnung und der notwendigen Rückverweisung ans Abgeordnetenhaus die gesamte parlamentarische Situation eine neuerliche Verschärfung erfahren hätte, durch die die weitere Arbeitsmöglichkeit des Hauses sehr in Frage gestellt worden wäre.

Abg. Dr. Waber über die Geschäftsordnungsreform.

In einer Sitzung des Deutschnationalen Bezirksvereins Währing berichtete der Abgeordnete Dr. Waber über die Geschäftsordnungsreform des Abgeordnetenhauses und sagte unter anderem: Nicht in der „Lex Franta“ an sich liegt die Bedrohung der Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses, sondern in dem Vorgang der Tschechen, die leichten Herzens einen Bruch der im Geschäftsausschuss getroffenen Vereinbarung durch die namentliche Abstimmung erzwungen haben. Sie haben eine in das Gesetz gehörende Bestimmung nur bei der autonomen Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses beantragt, um auf diesem Wege das Herrenhaus auszuschalten. Die Bestimmung fordert überdies zu einer mißbräuchlichen Ausnutzung heraus und ist nur mit einem großen Kostenaufwand durchführbar. Der Nationalverband hat seine Mitglieder des Geschäftsausschusses beauftragt, in sachlicher Weise für die deutsche Geschäftsprache einzutreten, sie haben im Einverständnis mit den deutschen Parteien von einer Antragstellung aus Rücksicht auf die nationale Empfindlichkeit der Slawen abgesehen, die Slawen aber haben ohne alle Rücksichtnahme ihren durchaus zweckwidrigen Antrag durchgedrückt. Das zeigt, daß die Deutschen durch selbstlose Zurückstellung ihrer Auffassung sich doch nur Niederlagen aussehen und daß ihr selbstloses Bestreben, die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses im Interesse aller Völker des Staates aufrechtzuerhalten, von den slawischen Abgeordneten nur als Schwäche angesehen wird. Redner meinte, die deutschen Parteien hätten bei der dritten Lesung geschlossen gegen die Reform stimmen und sie dadurch zu Falle bringen sollen, um den Bruch der getroffenen Vereinbarung entschieden zurückzuweisen und zu zeigen, daß die radikalnationale Taktik der Tschechen nicht zum Siege führt.